



# Suche: Partei mit Vision\*



**\*Vision von EINER gerechteren Welt in Vielfalt  
mit Bekenntnis zum Paradigma einer ökosozialen Marktwirtschaft  
– statt ungezügelter Markt-Absolutismus, der nur Wenigen dient.**

Vor 10 Jahren gab es schon Hoffnung, das neue Paradigma einer fairen ökosozialen Marktwirtschaft für eine Welt in Balance könne sich in Deutschland durchsetzen – **s. dazu die Rede von Frau Dr. Merkel beim Weltwirtschafts-Forum im Januar 2006 – in der beiliegenden vierseitigen Streitschrift vom Januar 2007 zum G 8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm.**

Erneut stellen sich die gleichen globalen Fragen – nun beim G 20-Gipfel in 2017. Erneut hoffe ich nach über 40-jähriger Mitgliedschaft in der CDU auf den Mut unserer Bundeskanzlerin zu einem klaren Bekenntnis für eine würdevolle und sinnvolle Zukunftsentwicklung unserer Menschheit; dies z. B. durch eine erklärte Ablehnung des rein profitorientierten Marktabsolutismus. Noch haben wir die Wahl.

Ein neues menschliches Paradigma anstelle maximalen Profits im absoluten Markt wäre mehr als nur eine Absichtserklärung. Es böte Leitlinien für rechtlich verbindliches ethisches Wirtschaftsverhalten. Dies würde voraussichtlich mehrheitlich von der Bevölkerung mitgetragen. Außerdem:

Strafzölle für spekulative Kapitaltransfers würden eine Kasinomentalität von Großbanken ausbremsen und neue Mittel für gesellschaftlich sinnvolle Zwecke freisetzen – z. B. für ein grundlos abgeschafftes Erfolgsmodell in der Bekämpfung von Fluchtursachen durch Mini-Zuschüsse (neben Mini-Krediten) Es ist das bis zur Vereinigung des DED in der GIZ sehr erfolgreiche "Partnerschafts-Helfer-Modell" für Selbsthilfe-Initiativen an der Basis der sich entwickelnden Länder – oder z. B.: für bessere kindgerechte Bildung durch Nutzung lernwissenschaftlicher Erkenntnisse.

Aktuelle Probleme wie innere Sicherheit, ein Ausbau notwendiger Infrastruktur und eine fiskal gerechte Verteilung von Leistungserträgen würden durch ein anerkanntes menschliches Leitparadigma in keiner Weise behindert. Vielmehr fördern Visionen und ein ungetrübtes Bewusstsein mit Weitsicht die Qualität von Problemlösungen. Das Festhalten am Marktabsolutismus fördert weiteres Wachsen von Ungleichheit. Solidarisches Miteinander in der Vision einer ökosozialen Marktwirtschaft ist in unserem sich rasant wandelnden globalen Dorf sicher nachhaltiger als eine weiter aus der Balance geratende Welt..

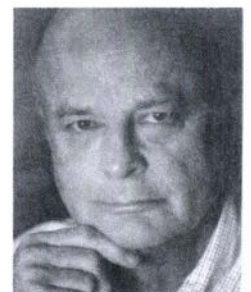
Nicht nur ich erwarte von einer Partei, die ich mit Herz und Verstand wählen kann, globale Visionen und den Mut zum Bekenntnis für eine menschliche Zukunftsentwicklung in Deutschland, Europa und global.

Mit freundlichem Gruß –

**11. Juni 2017**

Peter Hesse – [www.peter-hesse.info](http://www.peter-hesse.info) – [p.hesse@solidarity.org](mailto:p.hesse@solidarity.org)

**Auf den folgenden Seiten: schon im November 2006 Relevantes**



## **Alte / Neue / Ökologische Soziale Marktwirtschaft ?**

### **Zum Thema Weltwirtschafts- und Gesellschaftsordnung für eine Welt in Balance.**

In der weitgehend ungebremsten Weltwirtschaft besteht ein Gestaltungs-Vakuum für die rechtlichen Rahmenbedingungen. Kein demokratisch geführter Einzelstaat würde ein solches Gestaltungs-Vakuum in seinem Land zulassen. Dennoch wirken sich die fehlenden globalen Rahmenbedingungen auch lähmend auf hoch entwickelte demokratische Staaten aus – zum Schaden der jeweils eigenen Bevölkerung, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft dieser Staaten. Darum – und auch, weil im ersten konkreten Teilziel des 8. Millennium Entwicklungsziels die Etablierung eines gerechten ("rule-based, predictable and non-discriminatory") Welthandels- und Finanz-Systems gefordert wird – ergibt sich globaler Handlungsbedarf für die Staatengemeinschaft. Die vorhandenen Staatengemeinschaften, insbesondere die Vereinten Nationen, sind dazu bereits zu schwerfällig geworden. Darum sollten einzelne Staatenlenker mit wachem Bewusstsein gemeinsam initiativ werden.

Freiwillige – zu begrüßende – unternehmerische Selbstverpflichtungen für soziales und umweltpolitisches Wohlverhalten, wie z. B. die "OECD Guidelines for Multinational Enterprises" oder der "Global Compact" können das globale Gestaltungs-Vakuum nur ungenügend ausfüllen. Selbst die fortschrittlichen 23 Artikel der "UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights (UN-Subcommission on the Protection and Promotion of Human Rights)" sind zu schwach, um reale Probleme zu lösen. Die in erster Linie zur Friedenswahrung geschaffenen Vereinten Nationen haben kein ausreichend "robustes" Mandat zur Sicherung der in ihrem Rahmen vereinbarten Sozial- und Umweltstandards. Das könnte sich allerdings ändern, wenn aufgeklärt ganzheitlich agierende Staaten es schaffen sollten, gemeinsam eine erneute **Grundsatzdiskussion über die Aufgaben und die Durchsetzungsmacht einer zeitgemäß erneuerten UNO** zu führen. Eine solche staatliche Initiative könnte eine Sogwirkung auf andere wache Staaten erzeugen, die letztlich zu einer – über interne Reparaturmaßnahmen hinausführende – Stärkung der UNO auch im sozialen und im Umweltbereich führen könnte. Dann bekämen auch die 23 Artikel der "UN Norms" Biss.

In der derzeitigen Governance-Struktur unseres globalen Dorfes kann allenfalls die WTO international vereinbarte Verfahren durchsetzen. – Aber: Die Mitgliedsstaaten der WTO, die in Welthandelsfragen ihrer Organisation relativ viel Durchsetzungsmacht geschaffen haben, sind an der Integration von Sozial- und Umweltstandards nicht interessiert, sondern verfolgen primär eigene Wirtschaftsinteressen. Ohne rechtsverbindliche und durchsetzbare Grenzen unternehmerischer Freiheiten ist die wachsende soziale "Unbalance" aber nicht zu beseitigen und die Erhaltung der Grundlage allen Lebens, die Natur, nicht zu sichern.

Dabei müsste es im Eigeninteresse eines jeden Staates – wie auch im Interesse der Zukunftsfähigkeit der Menschheit – sein, aktiv an der Gestaltung eines durchsetzbaren Rechtsrahmens für die Weltwirtschaft mitzuwirken. Dadurch würde sich auch die immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen "Habenden" und "Nichthabenden" wieder ein wenig schließen können – hin zu einer Balance, einer auf praktischer Lebenserfahrung beruhenden, "gesunden" Equity, die Raum lässt für die Honorierung besonderer Leistungen, ohne jedoch die schwächeren Teile der Weltbevölkerung zu übervorteilen oder global anerkannte Menschenrechte zu missachten.

Das Modell der guten alten **Soziale(n) Marktwirtschaft** – ausgeweitet auf den Globus – bietet sich hierfür als organisatorische Zielgröße an, wobei die heute immer virulenteren globalen Umweltprobleme es geboten erscheinen lassen, das Gestaltungsziel mit **Öko-soziale(r) Marktwirtschaft** zu bezeichnen. Die Initiative "**Neue Soziale Marktwirtschaft**"

hat es leider versäumt, diese aktuellen, global erforderlichen Zielvorstellungen aufzugreifen. Hinter diesem wirklich schönen neuen Begriff verbergen sich vielmehr ganz andere Inhalte:

"**Neue** Soziale Marktwirtschaft" klingt für jeden verführerisch gut, für den "**neu**" ein Wunsch und Hoffungszeichen für die dringend notwendigen Reformen unserer sozialen Netze ist  
- wie auch ich sie erhoffe !

"Neue **Soziale** Marktwirtschaft" klingt für jeden verführerisch gut, der "**Soziales**" für ein faires und würdevolles menschliches Miteinander für unverzichtbar wichtig hält  
- wie auch ich !

"Neue Soziale **Marktwirtschaft**" klingt für jeden verführerisch gut, der den **Markt** als bestes, weil effizientestes und gerechtes Lenkungsinstrument für Güter und Dienstleistungen hält  
- wie auch ich !

Aber was verbirgt sich hinter dem verführerischen Etikett "Neue Soziale Marktwirtschaft" ???  
Wie sollen die Reformen im Detail aussehen ?  
Welcher Marktbezug versteckt sich hinter dem Etikett ?  
Und was wird aus dem Sozialen ?

Entsprechende Fragen müssen zu dem ebenso verführerischen und wertvollen Begriff "Freiheit" erlaubt sein, den die Promotoren der "Neuen Sozialen Marktwirtschaft" mit hohem Aufwand und in professionell ausgereifter PR-Qualität in ihrem kämpferischen Schild führen. **Freiheit**, ein göttliches Geschenk an die Menschheit, ist einer unserer kostbarsten Werte, erfordert aber selbst auferlegte ethische Grenzen und – wo nötig – rechtliche Rahmenbedingungen.

Die Vermutung drängt sich auf, dass so mancher der renommierten Unterstützer der "Neuen Sozialen Marktwirtschaft" sich von den positiven Reizen der Begriffe sowie von einigen der darin enthaltenen berechtigten Forderungen hat gefangen nehmen lassen.

Als konstruktiv kritischer, gesellschaftspolitisch engagierter Unternehmer aus der vierten Generation eines deutschen Markenartikel-Familienunternehmens war auch ich zunächst von den Parolen der Protagonisten gefangen – nicht nur, weil ich schon länger beklagt hatte, dass wir die wahrhaft **wertvollen** Lehren der wissenschaftlichen und politischen Schöpfer unserer guten alten, "echten" Sozialen Marktwirtschaft in die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Praxis unseres Nachkriegs-Deutschlands nur allzu unvollständig umgesetzt haben. Für meine Partei, die CDU, hatte ich zum Thema Soziale Marktwirtschaft mit Gleichgesinnten sogar eine kleine Argumentationshilfe für einen Wahlkampf in den frühen 80-er Jahren verfasst. Diese war z. B. von der CDU Mittelstandsvereinigung übernommen und nachgedruckt worden. Ich war also voll motiviert – und von dem neuen Begriff gefangen – bis ich nun endlich in die Details des neu etikettierten Inhalts eindrang.

Dabei muss anerkannt werden, dass die Protagonisten der Neuen Sozialen Marktwirtschaft auch beklagenswerte Missstände anprangern, wie insbesondere Überbürokratisierung, Subventions-Verzerrungen oder staatliche Gängelung in einzelnen Bereichen. Aber das wirklich **Neue** im wirtschaftspolitischen Wunschdesign ist insbesondere ein **Zurück zum Manchester-Kapitalismus** – und das auch noch auf globaler Ebene, wo manche multinationalen Konzerne im Verbund mit kleinen Macht-Eliten einzelner Länder heute schon das Fehlen von verbindlichen Regelwerken vorwiegend zum eigenen Vorteil – insbesondere auch zur Vermeidung von Steuerzahlungen – ausnutzen, ohne den gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu beachten, zu dem Eigentum und Macht auch verpflichtet – und vor allem ohne Rücksicht auf die Schwachen. Die legal steuerflüchtigen Starken nehmen den Staaten die finanziellen Möglichkeiten für soziale Leistungen zum Wenden von Not.

So öffnet sich die Schere zwischen den wenigen Begünstigten und der Mehrheit der Menschen immer weiter – und das führt letztlich zu sozialen sowie auch zu ökologischen Katastrophen. Es führt zurück in einen globalen Dschungel, in dem die Steuer spendenden Starken aber die weitgehend von den Schwächeren über Steuern finanzierte Infrastruktur mit nutzen. Das ist wahrlich **neu!**

Was aber ist **sozial** an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft?

Auch hier werden zu Recht Missstände angeprangert wie Missbrauch von sozialen Netzen, die in fetten Jahren gespannt wurden und die sich heute als unbezahlbar erweisen. – Aber die sinnvollen Prinzipien der **Hilfe zur Selbsthilfe** sowie der **Eigenverantwortlichkeit** werden hier gefordert, ohne die für mehr Eigenverantwortung notwendigen, effektiven Starthilfen zu gewähren. Die Forderung von Eigenverantwortlichkeit und die daraus folgernde Forderung von Eigenvorsorge werden unsozial und "Hilfe zur Selbsthilfe" wird zu einer wohlklingenden Worthülse, wenn dem nicht wirklich wirksame Starthilfe vorausgeht.

Es könnte langfristig durchaus funktionieren, wirtschaftliche Eigenständigkeit von mehr Menschen auf breiter Basis zu erreichen, wenn insbesondere zunächst alle Menschen in den Genuss hervorragender frühkindlicher und lebenspraktischer Grundbildung gekommen wären – eine Gemeinschaftsaufgabe der gesamten Gesellschaft, die auch erhebliche staatliche Mittel erfordert. Wo aber wird dies von den Vertretern der Neuen Sozialen Marktwirtschaft wirksam gefördert?

Ohne vorangegangene Befähigung kann das notwendige Soziale nicht in vermehrtem Umfang in Eigenverantwortung geschaffen werden.

Die Befähigung zu weitgehender Eigenvorsorge erfordert vorrangig eine wesentlich verbesserte Vor- und Grundbildung sowie anschließende lebenspraktische und berufliche Bildungsmöglichkeiten und schließlich auch ökonomische Selbständigkeit (im weitesten Sinne) fördernde Rahmenbedingungen einschließlich eines Zugangs zu Fachwissen und zu materiellen Starthilfen im Falle von wirtschaftlicher Selbständigkeit (im engeren Sinne).

Ein derartiges "Befähigungspaket" aktiv zu fördern, wäre ein gesamtgesellschaftlich – und damit auch sozial – wertvolles Ziel. Aber: Solange solche Startchancen weder im Kleinen noch im Großen (im Weltmaßstab) gewährt werden, besteht eine menschenrechtliche, ethische wie auch friedenspolitisch und aus den Prinzipien der Demokratie heraus begründete Verpflichtung zur Solidarität mit den Schwachen – individuell ebenso wie auch durch staatliche Netze.

Ein Teil sozialer Grundsicherungsnetze kann in unseren neuzeitlichen Gesellschaften auch dauerhaft nur solidarisch gesamtgesellschaftlich, also über faire Steuern, gesichert werden. Dem dürfen sich vor allem die nicht entziehen, die besonders leistungsstark sind.

Welcher **Markt**begriff steckt hinter der Neuen Sozialen Marktwirtschaft?

Nicht etwa ein fairer, durch verbindliche Regeln gesicherter Wettbewerb, sondern letztlich **Freiheit total** – wie sie heute leider schon weitgehend im Welthandel vorherrscht. Dort wird das marktfundamentalistische Dogma, das wir aus den USA importiert haben, natürlich begrüßt und ausgenutzt – statt im Globalen verbindliche, demokratisch vereinbarte Regelwerke zu fördern und gleichzeitig Überzogenes (z. B. europäische Überregulierung) zu beanstanden. Dies wäre wahrhaft neu, sozial und gut für das Ganze, für EINE Welt in Vielfalt – für eine Welt in Balance.